

Berlin, 6. März 2026

Stellungnahme zum 7. Armuts- und Reichtumsbericht

Die Diakonie Deutschland bedankt sich für die Gelegenheit, zum 7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Stellung zu nehmen.

Inhalt

Stellenwert	1
Zentrale Erkenntnisse der Armuts- und Reichtumsberichterstattung.....	1
Politische Handlungsoptionen	3
Weitere Aspekte des 7. Armuts- und Reichtumsberichts.....	5

Stellenwert

Durch die kontinuierliche Berichterstattung lassen sich seit 2001 Entwicklungen und Problemstellungen in Bezug auf Armut und Reichtum in Deutschland differenziert analysieren. Der Bericht ist ein offizielles Dokument der Bundesregierung. Damit hat er einen hohen Stellenwert und muss zur Kenntnis genommen werden. Andererseits stellt ihn kein unabhängiges Sachverständigengremium vor, sondern er ist politischen Entscheidungen in der Ressortabstimmung unterworfen.

Die Berichterstattung der Bundesregierung gibt der Diskussion über Armut und Reichtum in Deutschland eine besondere Bedeutung. Regierungshandeln misst sich an wissenschaftlichen Studien, die in diesem Kontext in Auftrag gegeben werden.

Zentrale Erkenntnisse der Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Im 7. Armuts- und Reichtumsbericht zeigen sich, wie schon in vorherigen Berichten, klare Trends:

Sowohl Reichtum als auch Armut sind deutlich konzentriert. Der Anteil, den das obere Zehntel der Bevölkerung nach Einkommen und Vermögen am volkswirtschaftlichen Gesamteinkommen und -vermögen besitzt, steigt stetig. Zugleich zeigt sich, dass insbesondere das untere Zehntel der Haushalte nach Einkommen wenig Möglichkeiten hat, Armutslagen dauerhaft zu entkommen. Zwar sind in den letzten Jahren Einkommen und Vermögen durchschnittlich und insgesamt gestiegen, aber nicht in gleicher Weise: Haushalte

mit schon vorher geringen Möglichkeiten haben davon kaum profitiert; die Verteilung bleibt konstant sehr ungleich. (S. 97 ff; S. 114 ff)

Armut zieht sich oft über Generationen. Sie ist für viele Menschen keine vorübergehende Lebenslage, sondern Teil der Lebenswirklichkeit ihrer Familie, ihrer Eltern, Großeltern und ihrer eigenen Nachkommen. Viele Menschen leben langfristig unterhalb der Armutsschwelle und haben zugleich geringe Bildungszugänge, mit denen sich ihre Position verbessern ließe. (S. 111 f; „Soziale Mobilität“ S. 211 ff, S. 242 ff)

Geschlechtsspezifische Problematiken verschärfen Armutslagen. Deutliche Fehlanreize führen dazu, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen niedriger ist als die von Männern, Frauen stärker auf Teilzeit setzen, mit Erziehungsphasen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen und nach Trennungen deutlich stärker von Armut bedroht sind. (S. 214 ff)

Multiple Faktoren führen zur Entwicklung und Verstetigung von Armut. Armut ist nicht nur ein „Mangel an Geld“, wenngleich sich über die Einkommensarmut (weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens, siehe S. 100 ff) valide Daten über Armutsgefährdung gewinnen lassen. Es kommen aber weitere Faktoren dazu, wie etwa Wohnkosten am Wohnort, Schulden, Bildungsmöglichkeiten, Diskriminierungserfahrungen und weitere.

Demokratische Beteiligung und Armut stehen in starkem Gegensatz zueinander. Dort, wo viele Menschen in Armut leben, ist die demokratische Beteiligung unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die alltägliche Herausforderung, sich basale Lebensmöglichkeiten zu organisieren, scheint Beteiligung zu verunmöglichen. Zudem werden Gegenden mit unterprivilegierten Haushalten auch unterproportional von politischen Parteien und Strukturen angesprochen. Die Armen bleiben „unter sich“ – und ohne Bezug zu „den Anderen“. (S. 533 ff. Hierzu auch die Begleitforschung seit dem 5. ARB)

Die sozialökologische Perspektive wird in den nächsten Jahren immer stärker die Armutsdebatte prägen. Klimafolgen werden umso stärker erlebt, wenn im Wohnumfeld Ausgleichsmöglichkeiten wie Grünflächen, Rückzugsorte und verkehrsarme Zonen fehlen. Auch die Isolierung von Wohnungen ist ein Armutsthema: im Winter zu kalt, im Sommer zu warm. Von Armut betroffene Menschen profitieren weniger von Fördermöglichkeiten für energetische Sanierung oder neue Energiealternativen, da sie zur Miete wohnen. Und sie wohnen oft in Gegenden, die z.B. eine deutlich höhere Feinstoffbelastung aufweisen. Auf der anderen Seite sind sie besonders durch die monetären Auswirkungen nicht zielgenauer Klimaschutzmaßnahmen gefährdet. Wo allein der CO₂-Ausstoß ohne Berücksichtigung weiterer Faktoren Kosten für Wohnen definiert, ist er dort höher, wo Menschen energetische Ausgleichsmaßnahmen schmerzhaft vermissen. Darum ist das Zusammenspiel von energetischer und Klimaschutzförderung mit sozialen Ausgleichsmechanismen von CO₂-Bepreisungen so wichtig. (S. 251 ff)

Während Armut über verschiedene Analysetools sehr konkret beschrieben werden kann, ist dies bei Reichtum schwieriger. Es ist in vielen Fällen nicht einfach, Kapitalströme und Besitzverhältnisse ohne größeren Rechercheaufwand bestimmten Personen eindeutig zuzuordnen, wenn die Besitzenden dies nicht von sich aus offenlegen. Wer sehr hohe Einkommen und Vermögen hat, wird zudem selten in den gängigen Verteilungs- und Lebenslagenstatistiken abgebildet. Analysen, wo sich auf welche Weise Reichtum konzentriert, stehen vor hohen statistischen und empirischen Hürden. Viel leichter lässt sich zudem hohes Einkommen nachweisen und besteuern, als Vermögen auf Köpfe beziehen und eindeutig von betrieblichen Anlageformen unterscheiden. Den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung kommt das Verdienst zu, durch umfassende Analysen in der Darstellung von (sehr großem) Reichtum Pionierarbeit geleistet zu haben. (siehe die Begleitstudien zum 6. und 7. ARB)

Die Entwicklung von Armut ist recht konstant (siehe <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/indikatoren.html>). Seit den mittleren 90er-Jahren gab es einen Anstieg, später eine Verstetigung. Das bedeutet aber auch, dass in guten konjunkturellen Situationen kein umfassender Abbau von Armut gelingt. Es gibt einen starken strukturellen „Bodensatz“ von Personen und Haushalten, die dauerhaft „abgehängt“ sind. Dies kann offenbar nicht einfach durch Arbeitsmarktförderung gelöst werden, sondern müsste ebenso multifaktoriell angegangen werden, wie sich Armut darstellt. Gleichwohl ist eine gute Arbeitsförderung ein wesentlicher Hebel zur Überwindung von Armutslagen. (S. 356 ff)

Weiterhin hat ein Migrationshintergrund einen deutlichen Einfluss auf eine höhere Armutsgefährdung. Dies ist vor dem Hintergrund erstaunlich, als dass viele hochmotivierte Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland engagiert an der Verbesserung ihrer bisherigen Lebens- und Familienperspektive arbeiten. (S. 129; 138 ff)

Politische Handlungsoptionen

Die dargestellten Trends legen aus Sicht der Diakonie Deutschland wichtige politische Handlungsoptionen nahe, denen gemeinsam ist, dass sie einen „langen Atem“ brauchen. Armut lässt sich nicht einfach per Federstrich ausradieren, und die Bekämpfung von Armut ist nicht mit der Bekämpfung von Reichtum gleichzusetzen. Wirksame Maßnahmen, die einen sozialen Ausgleich schaffen und Verteilung gerechter gestalten, müssen über lange Jahre und kontinuierlich umgesetzt werden:

Um die **Konzentration von Armut wie Reichtum** auf stark abgegrenzte Bevölkerungsgruppen zu überwinden, muss an einer besseren Streuung von finanziellen Mitteln und mehr gesellschaftlicher Mobilität gearbeitet werden. Auch, wenn in zwei Haushalten zu einem bestimmten Zeitpunkt das gleiche Einkommen und die gleichen Ressourcen verfügbar sind, kann dies näher betrachtet eine grundverschiedene Situation sein. Wenn Armut eine vorübergehende und absehbar lösbare Notlage ist und Ressourcen und Netzwerke zu ihrer Überwindung verfügbar sind, kann sie als ungünstige, aber nicht schicksalhafte oder dauerhaft belastende Situation erlebt werden. Wenn Armut ein intergenerationelles Familienschicksal ist, bedeutet sie Ausweg- und Perspektivlosigkeit. Ebenso ist es grundverschieden, ob Vermögensaufbau und Aufstiegsversprechen für breite Bevölkerungsgruppen realistisch erscheinen, oder ob sie ein Privileg einer begrenzten Schicht sind.

Zieht sich **Armut über Generationen** in einer Familie, wird zur Armutsüberwindung deutlich mehr benötigt als schnelle Arbeitsvermittlung. Armut ist dann in die Familiengeschichte eingeschrieben und vorübergehende Verbesserungen bei einzelnen Familienmitgliedern werden schnell durch die familieninterne Solidarität aufgezehrt. Darum ist es so wichtig, Programme zur Armutsbekämpfung dauerhaft, verlässlich und nachhaltig wirksam anzulegen.

Die **Überwindung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen**, die zu deutlich höheren Armutszahlen bei Frauen als bei Männern führen, verlangt ebenfalls nach einem umfassenden Verständnis sozial- und familienpolitischer Maßnahmen. Es ist nicht mit punktueller „Frauenförderung“ getan. Fehlsteuerungen über die Besteuerungswege in der Ehe, fehlende Betreuungsmöglichkeiten, nicht ausreichende Fördermöglichkeiten von vollzeitnaher Teilzeit anstelle von erwerbseinkommenslosen Familienphasen sind nur einige Stichworte. Mehr Gleichstellung lässt sich nur dann umsetzen, wenn sie auch von Männern als Gewinn erlebt wird. Wenn eine stärkere Übernahme von Erziehungsverantwortung bedeutet, dass die Familie in der Gesamtbilanz auf soziale und finanzielle Vorteile verzichtet, ist das nicht attraktiv.

Eine **multifaktorielle Armutsbekämpfung** muss ehrlich und stetig erfolgen. Die über Einkommensarmut festgestellte Armutsbekämpfung ist ein wichtiger und zentraler Indikator. Er darf nicht wegdiskutiert werden, nur weil er nicht der einzige Armutsindikator ist. Er darf aber auch nicht als einziger Armutsindikator zentral gelesen werden. In Gesprächen mit Beratungsstellen oder in Strukturen der politischen Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrung wird Armut an konkreten Erfahrungen beschrieben, wie „nicht dazu zu gehören“, „an der Kleidung erkennbar sein“, „weniger Möglichkeiten zu Aufstieg durch Bildung haben“ oder „kaum einen Kindergeburtstag ausrichten können“. Das hat mit Geld zu tun, ist aber eine lebensweltliche Erfahrung. Aus dieser entsteht die Wahrnehmung, „draußen“, zu sein, „nicht zur Gesellschaft dazu zu gehören“. Darum muss auch die Überwindung von Armut mehr bieten als rein finanziellen Ausgleich. Es geht darum, jahrelange Ausgrenzungserfahrungen, die in Biografien eingeschrieben sind, durch Ermutigung zu überwinden. Dazu gehört eine Verbesserung der materiellen Ressourcen genauso wie das Zur-Verfügung-Stellen von Orten der Begegnung, armutssensiblen Infrastrukturen für Bildung, Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche etc. im Sozialraum. Wichtige Schilderungen eines solchen Ansatzes beinhaltet der Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz zu Armut in Deutschland, der parallel zum Armuts- und Reichtumsbericht mit engagierter Unterstützung des BMAS aus der Perspektive von Menschen mit Armutserfahrung erarbeitet wurde (<https://www.nationale-armutskonferenz.de/wp-content/uploads/Schattenbericht-2025.pdf>). Wichtige Bausteine sind auch Formate, die Menschen mit Armutserfahrung Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung bieten, wie die vom BMAS geförderten „Treffen der Menschen mit Armutserfahrung“. Das eigene, mit der ARB-Berichterstattung verbundene Beteiligungsprojekt des BMAS, arbeitete Sichtweisen und Perspektiven von Menschen mit Armutserfahrung systematisch und wissenschaftlich darstellbar auf. (S. 62 ff.)

Armutsbekämpfung und Sozialpolitik, verbunden mit **mehr demokratischer und gesellschaftlicher Beteiligung**, sind eine Form von Lebensversicherung für die Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft. Menschen, die sich nicht als Subjekte, sondern nur als Objekte staatlichen Handelns erleben, die keine Selbstwirksamkeit in ihrem Handeln erleben dürfen oder die vor allem in einem Zustand der Ohnmacht gesellschaftlichen und politischen Strukturen gegenüberstehen, haben kaum das Gefühl, die Demokratie und ihre Institutionen wertschätzen und verteidigen zu müssen. Darum muss eine Form von Entscheidungen, die sozial Ausgegrenzte wieder zu inkludieren versucht, als ein zentraler Ansatz demokratischer Gesellschaftsarbeit verstanden werden.

Sozialpolitik und Ökologiepolitik sind nicht mehr zu trennen. Wo ein sozialer Ausgleich gut gelingt, leiden Menschen weniger aus sozialen Gründen unter Klimaschädigungen. Wo Klimaschutzmaßnahmen sozial austariert sind, können Menschen mit geringen Einkommen und Ressourcen diese als „ihre Unterstützung“ erleben. Klimaschutz wird auch nur dann von breiten Bevölkerungskreisen akzeptiert werden können, wenn damit keine Ängste vor einer Verschlechterung der eigenen – oft schon prekären – sozialen Situation verbunden sind.

Die **differenzierte Analyse von Reichtum und Verteilungsfragen** muss weiterentwickelt und in politische Schlussfolgerungen übersetzt werden. Für weite Kreise der Bevölkerung entscheidet Erben oder Nicht-Erben in einem großen Maße darüber, in welcher sozialen Situation sie sich absehbar befinden. Es ist viel schwieriger, aus eigener Leistung sozial aufzusteigen (siehe S. 211). Zugleich steht der Sozialstaat immer wieder vor finanziellen Herausforderungen. Die existenzielle Bedrohungslage, der sich derzeit die Europäische Union und die Nato ausgesetzt sehen, führt zu höheren Verteidigungsausgaben. Dies wiederum stellt viele Finanzierungswege in Frage, die bisher im Sozialstaat gut funktioniert haben. Dazu kommen Herausforderungen wie ein umlagefinanziertes Rentensystem, das aber Bevölkerungskreise mit höheren Einkommen und Vermögen gar nicht in die Solidarität der Sozialversicherung einbezieht. Während dadurch die Ausgleichskosten im Steuersystem immer weiter steigen, wird in der öffentlichen Debatte oft kolportiert, die grundlegenden

sozialen Hilfen wären die Kostentreiber – was empirisch und statistisch nachweisbar nicht stimmt. Ebenfalls dürfte eine besser gesteuerte Zuwanderung von deutlichem Vorteil für die Stabilisierung des Rentensystems sein. (S. 54)

Darum müssen kluge Reformen der Besteuerung und der Sozialstaatsfinanzierung an differenzierte Einkommens- und Vermögensanalysen anschließen. Sicher ist niemandem damit gedient, wenn Firmenvermögen hoch besteuert werden und dadurch die Wirtschaftskraft geschwächt wird. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass Gewinne aus Vermögen nicht engagiert und wirksam besteuert werden könnten. Und der Staat muss den immensen Schaden zur Kenntnis nehmen, der jährlich durch Steuerhinterziehung in Höhe von 100 Mrd. Euro entsteht – ein über 350faches dessen, was im Grundsicherungssystem durch fehlende Mitwirkung an Schaden entsteht. Fördern und Fordern – das ist nicht nur ein Thema für Menschen mit geringem Einkommen, sondern auch mit hohem Einkommen und Vermögen. Wer staatliche Infrastrukturen, Standortvorteile und Ressourcen in Anspruch nimmt, muss der Gesellschaft auch genügend für ihre Funktionsfähigkeit zurückgeben.

Armut darf nicht vererbt werden. Es muss klar sein: ob jemand viel oder wenig zur Verfügung hat, darf sich an Engagement und Leistung messen lassen, wenn die Ausgangsposition dafür fair ist. Deutschland vergibt sich viel Potential dadurch, dass frühe Förderungen und Ausgleichsmechanismen nicht existieren oder wenig greifen. In kaum einem entwickelten Industrieland entscheidet die soziale Herkunft so stark über die Möglichkeit, bestimmte Bildungsabschlüsse zu erreichen. (S. 130; S. 144 ff; S. 383 ff) Diese Fachkräfte fehlen in einer zunehmend hochaltrigen Gesellschaft.

Zuwanderung und Migration kann ein Gewinn für die ganze Gesellschaft sein, wenn sie richtig gestaltet wird. Zu lange lebte Deutschland mit der Fiktion, kein Einwanderungsland zu sein. Tatsächlich braucht unser Land Fachkräfte und junge Menschen, die in Mangelberufen tätig werden. Auch in hochqualifizierten Bereichen hat sich bereits ein internationaler Arbeitsmarkt herausgebildet, auf dem engagierte und gut ausgebildete Persönlichkeiten konkurrieren. Die Entwicklung der Alterspyramide legt nahe, Menschen, die in Deutschland etwas erreichen wollen und hierfür in ihre Entwicklungsperspektiven mit hohem Engagement zu investieren bereit sind, dazu einzuladen. Viel zu lange hat Deutschland Menschen, die solcherart „aus wirtschaftlichen Gründen“ kommen wollten, das Leben schwer gemacht und Zuwanderung allein aus der Fluchtperspektive diskutiert. Dazu gehört dann auch eine soziale Infrastruktur, in der kultureller und sprachlicher Reichtum erfahrbar und lebbar wird. Schon bei der schulischen Betreuung der Erstsprachenentwicklung gibt es deutliche Defizite – wobei diese nachweislich zentral für die gute Ausbildung von Sprachkompetenz und weiterer Bildungsentwicklung ist. (siehe S. 54)

Weitere Aspekte des 7. Armuts- und Reichtumsberichts

Im Folgenden sollen weitere herausragende Erkenntnisse, die der 7. Armuts- und Reichtumsbericht liefert, nach der vorangegangenen übergreifenden Würdigung im Einzelnen hervorgehoben und reflektiert werden:

Die **Covid-19-Pandemie** hat Menschen in sehr unterschiedlicher Weise betroffen und hatte eine deutliche soziale Schlagseite. Die Folgeprobleme insbesondere für junge Menschen (S. 399) sind deutlich spürbar (S. 28; S. 46, S. 326 ff). Gleiches gilt für die Inflation und Energiekrise im **Kontext des russischen Angriffskrieges** (S. 78 ff.). Besondere Kostensteigerungen verzeichneten basale, existentiell wichtige Güter wie Energie und Nahrungsmittel. Dies betrifft insbesondere Haushalte mit geringen Einkommen in besonders belastender Weise (S. 308 f; S. 338 ff). Bei existentiellen Grundgütern lässt sich gleichwohl kaum ein Konsumverzicht verwirklichen. Trotzdem erfolgten die politisch umgesetzten Entlastungen gleichmäßig über alle Einkommensgruppen hinweg (u.a. S. 94).

Der Bericht liefert eine differenzierte **Analyse zur Nicht-Inanspruchnahme von sozialen Leistungen** (S. 179 ff). Nicht nur ein möglicher Sozialmissbrauch sollte im Fokus von Sozialpolitik stehen. Viele soziale Leistungen sind aus Gründen der Unübersichtlichkeit, der gegenseitigen Verrechnung und Beeinflussung, der unterschiedlichen Berechnungs- und Anspruchsgrundlagen und nicht zuletzt wegen eines durch Scham und Unkenntnis erschwerten Zugangs zur Beantragung nicht so wirksam, wie sie sein sollten. Dieses Thema beschäftigt auch die Sozialstaatskommission. Einfachere und wirksamere Zugangswege sowie Antrags- und Verrechnungsverfahren aus einem Guss dürften entscheidend für die zukünftige Wirksamkeit und Bezahlbarkeit des Sozialstaats ein (Forschungssystematischer Hinweis auf S. 31; S. 151 ff). Insbesondere Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag stehen mit größeren Widersprüchen nebeneinander, die zu Nichtinanspruchnahme trotz Bedürftigkeit führen (S. 167 f).

Vereinzelung und Einsamkeit spielen eine immer wichtigere Rolle. Über 41 Prozent der Haushalte in Deutschland sind 1-Personen-Haushalte. Dagegen ist der Anteil von Haushalten mit 5 oder mehr Personen auf weniger als 4 Prozent gesunken. Zwar ist auch in den genannten Ein-Personen-Haushalten oft temporäre Kinderbetreuung nach Trennungen wichtig. Systematische Solidaritätsnetzwerke, wie sie zu früheren Zeiten familiär existierten, sind aber immer weniger tragfähig (u.a. S. 42), der Zusammenhang von Armut und Einsamkeit ist stark (S. 536 ff).

Nachdem in konjunkturell besseren Zeiten schon stark sozial belastete Personenkreise nicht hinreichend in **auskömmliche Erwerbsarbeitsverhältnisse** gelangen konnten, entwickelt sich der Arbeitsmarkt nunmehr wieder zu einer deutlich geringeren Durchlässigkeit zurück. (u.a. S. 52). Damit ist es noch weniger aussichtsreich, insbesondere durch Druck auf und Sanktionierung von arbeitsmarktfernen Personenkreisen Erfolge in der Arbeitsmarktintegration erwarten zu können.

Die **wachsende Altersarmut** (S. 148 ff) trifft Frauen wesentlich stärker als Männer. Sie nehmen auch deutlich mehr Grundsicherungsleistungen im Alter in Anspruch (S. 161 f). Dies hat zu tun mit systematischen Fehlanreizen während der Erziehungsphase und insbesondere mit negativen Folgen nach Trennungen (S. 232 f). Darum müsste in der Altersvorsorgepolitik ein besonderes Augenmerk darauf verwendet werden, diese Nachteile von vornherein auszugleichen und Fehlanreize, weniger Rentenansprüche durch eine geringere Erwerbsbeteiligung (S. 318) aufzubauen, abzubauen. Hier sind insbesondere die negativen langfristigen Folgen der Beschäftigung in Minijobs hervorzuheben. Gleiches gilt für negative Folgen von Erwerbsunterbrechungen und Gender Pay Gap (S. 348 ff).

Die **Probleme am Wohnungsmarkt** und der für Wohnkosten aufzuwendende Teil des Einkommens sind deutlich gewachsen (S. 436 ff). Hierzu kommen die weiteren Belastungen durch die steigenden Energiepreise. Damit verbunden sind eine steigende Wohnungslosigkeit und mehr Kosten für Maßnahmen zur Unterbringung, die durch die Kommunen aufgebracht werden müssen. Ein leichter Zugang zum Wohnungsmarkt für finanziell schlechter gestellte Gruppen und besondere Angebote für besonders belastete Personengruppen (etwa bei Überschuldung oder nach längerer Wohnungslosigkeit) wird immer wichtiger, um strukturellen Armutsrisiken begegnen zu können und damit langfristig auch Kommunen von finanziellem Kostendruck zu entlasten.

Weiterhin greifen **Gesundheitsschutz, Krankenversicherung und Gesundheitsförderung / Prävention** je nach sozialem Status in sehr unterschiedlicher Weise; von Armut gefährdete Menschen haben eine spürbar niedrigere Lebenserwartung (S. 481 ff). Darum wird eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung immer wichtiger. Die Frage, ob ein Nebeneinander privater und sozialversicherter Vorsorge sinnvoll und solidarisch ist, darf auch in diesem Kontext gestellt werden.